

**Antrag 2023/E/2**  
**AG Migration und Vielfalt, AG Queer RLP**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisen an: Landesparteirat**

**Gemeinsamen Migrations- und EU Asylpolitik**

1 Die entscheidenden Maßnahmen und Re-  
2 gelungen für eine geordnete, faire, solida-  
3 rische und menschenwürdige Flucht- und  
4 Asyl-Migration werden auf europäischer  
5 Ebene getroffen und in den kommenden  
6 Monaten und Jahren vom europäischen  
7 Parlament kontrolliert und reguliert.  
8 Wir fordern daher die rheinland-pfälzische  
9 SPD auf, sich dieser besonderen Verant-  
10 wortung des Europaparlamentes zu stel-  
11 len. Offensiv für eine gerechte Migrations-  
12 politik einzustehen und aktiv zu gestalten,  
13 muss eine Kernaufgabe aller rheinland-  
14 pfälzischen Kandidatinnen und Kandidaten  
15 für die Europawahl 2024 sein.  
16 Daher muss das Thema „Migration“ ein  
17 zentrales Thema unseres gemeinsamen  
18 kommunalen und europäischen Wahl-  
19 kampfes sein.  
20 Mit Katharina Barley verfügen wir über ei-  
21 ne in Europa hochgeschätzte und erfah-  
22 rene Politikerin, welche sich für unsere  
23 rheinland-pfälzischen Grundsätze erfolg-  
24 reich eingesetzt hat. Es ist unsere Aufga-  
25 be, nun die geeigneten Bewerberinnen und  
26 Bewerber zu finden, welche mit ihr, unsere  
27 Sicht einer zukunftsorientierten und werte-  
28 basierten europäischen Politik umsetzen.  
29 Wir verschließen nicht die Augen vor den  
30 großen Herausforderungen, vor denen sich  
31 die europäischen Staaten seit Jahren im  
32 Umgang mit Geflüchteten gestellt sehen.  
33 Wir nehmen auch die Belastung der Kom-  
34 munen in Deutschland wahr, die vor Ort -  
35 oft am Rande ihrer Möglichkeiten - versu-  
36 chen, die Menschen aufzunehmen und zu

37 integrieren. Und wir sehen auch, dass oh-  
38 ne das riesige ehrenamtliche Engagement  
39 der Bürger\*innen in der Flüchtlingshilfe, der  
40 Staat und die Kommunen vieles bereits  
41 heute nicht mehr leisten könnten.

42 Aus diesen Gründen braucht es gemein-  
43 same europäische Lösungen, die aber im-  
44 mer die Schutz suchenden Menschen in  
45 den Vordergrund stellen müssen. Wir er-  
46 kennen, dass eine gemeinsame europäi-  
47 sche Lösung derzeit - und wohl auch in  
48 Zukunft - nur auf minimalen und subop-  
49 timalen Kompromisslösungen beruht. Die  
50 EU-Innenminister\*innenkonferenz hat ihre  
51 erste Vorgabe gemacht, dem Europaparla-  
52 ment kommt jetzt eine besondere Verant-  
53 wortung in der gesetzlichen Ausarbeitung,  
54 Reglementierung und Kontrolle der gefass-  
55 ten Beschlüsse der EU Innenministerkonfe-  
56 renz zu.

57 Wir fordern die Bundesregierung und unse-  
58 re sozialdemokratische Bundesinnenminis-  
59 terin Nancy Faeser auf, sich weiterhin für  
60 eine Werte- und Menschenrechtsorientier-  
61 te Reglementierung einzusetzen, die Alli-  
62 anz mit Luxemburg, Portugal und Irland zu  
63 stärken und gemeinsam mit weiteren EU  
64 Mitgliedsstaaten dieser Abschottungspoli-  
65 tik entgegenzutreten und für ein freiheitli-  
66 ches und solidarisches Europa zu kämpfen,  
67 dass seine eigenen Grundwerte nicht für ei-  
68 ne vermeintliche Ordnung durch Abschre-  
69 ckung opfert.

70 Besonders kritisieren wir, dass durch die  
71 vorgeschlagenen verpflichtenden Asyl-  
72 verfahren für Schutzsuchende an den  
73 EU-Außengrenzen massive menschen-  
74 rechtliche Konsequenzen drohen: Wir  
75 sehen die Gefahr, dass Schutzsuchende  
76 weder angemessene Asylberatung noch

77 rechtlichen Beistand erhalten werden.  
78 Zudem befürchten wir eine weitere Zu-  
79 nahme von menschenrechtswidrigen  
80 Pushbacks. In den Blickpunkt müssen be-  
81 sonders vulnerable Personen genommen  
82 werden: Alleinreisende Frauen, minder-  
83 jährige Alleinreisende, queere Geflüchtete  
84 und Familien mit Kindern. Sie müssen  
85 als „besonders schutzbedürftige“ Gruppe  
86 anerkannt werden. Es darf keine Abschie-  
87 bungen geben in Staaten, die nicht in allen  
88 Landesteilen garantieren können, dass  
89 es keine Verfolgung gibt. Diese Staaten  
90 dürfen nicht als „sichere Drittstaaten“  
91 anerkannt werden.

92 Bundeskanzler Olaf Scholz hat einen wich-  
93 tigen Vorstoß in den vergangenen Tagen  
94 gegeben: „Wir müssen eine klare, präzi-  
95 se Politik machen“. Dies muss auch klar  
96 und präzise formuliert werden. Dieser Her-  
97 ausforderung können wir uns nur gemein-  
98 sam stellen. Dazu benötigt es interne Fo-  
99 ren und den öffentlichen Diskurs mit Ver-  
100 treterinnen und Vertretern der rheinland-  
101 pfälzischen Asyl- und Flüchtlingsinitiati-  
102 ven, kommunalen Trägerinnen und Trägern,  
103 dem Flüchtlingsrat RLP, sowie dem Initiativ-  
104 ausschuss für Migration.